

Ab und zu ist etwas dabei

Was tun die politischen Stiftungen für LGBT?

VON RENATE H. RAMPF

Die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik wird nicht nur von der Bundesregierung gestaltet. Jährlich etwa 200 Millionen Euro stellt die Exekutive allein den politischen Stiftungen der im Bundestag vertretenen Parteien für Projektarbeit im Ausland zur Verfügung. Der Großteil, 2007 waren es rund 189 Millionen Euro, stammt vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Die BMZ-Mittel dienen der Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben. Dazu kommen rund 12 Millionen Euro aus dem Auswärtigen Amt (AA), die für Förderung gesellschaftspolitischer Maßnahmen bestimmt sind.

Alle parteinahen Stiftungen haben sich der Unterstützung der Zivilgesellschaft, dem Aufbau rechtstaatlicher Institutionen sowie der Förderung von Demokratie und Partizipation verschrieben. Sowohl die Zweckbestimmung der AA-Mittel als auch der BMZ-Mittel würden eine Ausrichtung auf die Unterstützung und Sicherung von LGBT-Menschenrechten ermöglichen. Dennoch sind sie bislang kaum im Sinne einer Verantwortung für die Menschenrechte von Lesben und Schwulen genutzt worden.

Die der CDU nahestehende **Konrad-Adenauer-Stiftung** unterhält über sechzig Auslandsbüros und engagiert sich in ca. 120 Ländern mit „Hilfe zur Selbsthilfe“, macht aber nichts für Homosexuelle. Auch die der CSU nahestehende **Hanns-Seidel-Stiftung**, die für sich in Anspruch nimmt, über Organisationen im Ausland Einfluss auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auszuüben, kann auf kein einziges schwul-lesbisches Projekt verweisen.

In der **Friedrich-Ebert-Stiftung** muss man nachdenken: Es sei stark davon auszugehen, dass in einigen der Auslandsprojekte die Themen behandelt werden. Der Pressesprecher erinnert sich an ein Projekt, das im Jahresbericht erwähnt wurde. Die Stiftung ist dezentral organisiert und hat 100 Auslandsvertretungen, da sei sicherlich irgendwo etwas dabei. Aus dem Referat Lateinamerika und Karibik heißt es, dass in der Region nicht zu dem Thema gearbeitet werden könne, weil „das Maß der Diskriminierung noch immer erschreckend hoch ist, sich also wenig offen agierende Organisationen zur Zusammenarbeit anbieten.“ Aber sind nicht gerade der Aufbau und die

Unterstützung zivilgesellschaftlicher Strukturen die Aufgabe der Stiftung?

Auch in der Entwicklungszusammenarbeit finden Rechte von Lesben und Schwulen keine Erwähnung. Zur Begründung wird diesmal darauf verwiesen, dass die FES keine Projekte auf Grassroots-Ebene durchführe. Man arbeite stattdessen auf „Verbandsebene der Zivilgesellschaft“, insbesondere mit Gewerkschaften oder mit Parlamenten. Wäre das nicht eine Gelegenheit, über Rechte zu sprechen?

Ein positives Beispiel findet sich schließlich in der Abteilung ‚Asien und Pazifik‘. Hier wurde 2007 ein Research and Advocacy Project in Jakarta (Indonesien) gefördert. Kooperationspartner war Arus Pelangi (Lauf des Regenbogens) ein LGBT-Selbsthilfeverband. Dennoch bleibt der Eindruck: Homosexualität ist kein Thema der Auslandsarbeit der FES. Die Verantwortung wird einfach abgeschoben.

Eine deutlich positive Antwort gibt es aus der **Heinrich-Böll-Stiftung**. Hier wird es als elementare Aufgabe der Auslandsarbeit betrachtet „aktiv gegen die Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender“ zu sein. Der Vorstand schickt ein fünfseitiges Papier, zur Verschränkung des Leitbildes der Geschlechterdemokratie mit der Verpflichtung, sich weltweit für die Akzeptanz von Rechten für LGBT einzusetzen.

Der programmatische Anspruch wird mit Beispielen untermauert. Das Büro Mittlerer Osten der Heinrich-Böll-Stiftung in Beirut kooperiert mit Helem (Lebanese Protection for Lesbians, Gays, Bisexuals, Queer and Transgender) und Meem (A Community of Lesbian, Bisexual, Transgender, Queer and Questioning Women in Lebanon). Auch im Büro Südafrika (Kapstadt) ist die Unterstützung von LGBT-Gruppen ein Arbeitsschwerpunkt. Kooperationspartner sind dort OUT (Therapieberatung und Politik für Lesben und Schwule), die Koalition der afrikanischen Lesben (CAL) und Sister Namibia, ein feministisches Medienprojekt mit lesbischer Ausrichtung. Zudem wurden 2005 in Polen ein Workshop in Kooperation mit Lambda-Warschau („Lesbians get united“) sowie ein Seminar der Kampania Przeciw Homofobii („Different doesn't mean worse“) gefördert. Hier ist von den 23 Auslandsbüros der Böll-Stiftung in Zukunft noch mehr zu erwarten. Denn das Leitbild

der Geschlechterdemokratie ist erst kürzlich als verpflichtend für alle Arbeitsbereiche verabschiedet worden.

Für die Freiheit, ist das Motto der FDP-nahen **Friedrich-Naumann-Stiftung**. Die Stiftung setzt sich für „den Schutz gleichgeschlechtlicher Liebe und Lebensgemeinschaften vor Diskriminierungen“ ein. Die „Stiftung für die Freiheit“ kann auch auf eine Reihe beispielhafter Maßnahmen verweisen. So wurden ein Workshop für junge Führungskräfte aus Osteuropa über die Arbeit von Schwulen- und Lesbenzentren in den USA sowie ein Seminar in Budapest über „Gay Rights in East and Southeast Europe“ durchgeführt.

Ein langjähriger überregionaler Partner der FNS in Afrika ist der SALAN-Verbund (Southern African Legal Assistance Network). Hier werden Projekte zur Toleranzbildung und Förderung von Menschenrechten durchgeführt. Zudem würden Aufklärungskampagnen zum Thema HIV/AIDS in den östlichen und südlichen Regionen Afrikas das Thema Homosexualität beinhalten. Für das Jahr 2008 liegt ein Schwerpunkt der Arbeit zu toleranzbildenden Maßnahmen in der Türkei. In diesem Zusammenhang sind entsprechende Seminare geplant, z.B. „Homosexual and Sexual Freedom“, welche zusammen mit einem regionalen Partner durchgeführt werden.

Die **Rosa-Luxemburg-Stiftung** (RLS) konzediert, dass bisher nur in sehr geringem Umfang Menschenrechts- und Aufklärungsarbeit zum Thema Homosexualität gemacht wurde. Das Büro in Polen habe die politische Bildungsarbeit der Kampania Przeciw Homofobii gefördert.

Alle parteinahen Stiftungen könnten den Aufbau und die Entwicklung von Selbsthilfeprojekten für LGBT unterstützen, Aufklärungskampagnen zu Homosexualität durchführen, Vernetzungs- und Informationsmedien für Lesben und Schwule kofinanzieren oder auch Programme zum empowerment und capacity-building initiieren. Nicht zuletzt wäre auch denkbar, dass die Auslandsbüros der Stiftungen insbesondere in den Regionen, in denen Homosexualität (strafrechtlich) verfolgt wird, eine Schutzfunktion für LGBT-Gruppen übernehmen. All das geschieht bislang jedoch nur in sehr geringem Maße. Hier ist noch viel Beratung und Unterstützung gegenüber den Stiftungen selbst notwendig.